

nung und der immer größer werdenden Kluft zwischen arm und reich intensiv widmen.

Der ÖGB und seine Gewerkschaften werden auch diese Möglichkeit wahrnehmen, die in Österreich anzutreffende Bereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder verstärkt zu nutzen, und wir werden gemeinsam einen sinnvollen Weg suchen, die internationale Solidarität und gewerkschaftliche Entwicklungspolitik mit neuem Leben zu erfüllen.

*Karl-Heinz Nachtnebel ist Sekretär für Internationale Verbindungen des ÖGB. — Im Folgenden dokumentieren wir zum selben Thema die Rede von ÖGB-Präsident Verzetnitsch über den Beitrag der Gewerkschaftsbewegung zum Nord-Süd-Dialog sowie die Resolution des ÖGB-Bundeskongresses vom Oktober 1991 „Internationale Politik“.*

*Die Redaktion*

## Fritz Verzetnitsch

### „NORD-SÜD-KONFRONTATION — KANN DIE GEWERKSCHAFTLICHE BEWEGUNG EINEN BEITRAG LEISTEN?“\*

Die letzten zwei Jahre haben uns mit einer Reihe von globalen Veränderungen konfrontiert, welche eine neue Periode der sozialen Gerechtigkeit einleiten könnten. Sowohl im Norden als auch im Süden, Osten oder Westen unserer Erde.

Diese mögliche Periode bedingt aber die Erkenntnis, daß politische Ziele nicht losgelöst von sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen gesetzt werden können.

Dies gilt im besonderen auch für das Tagungsthema „Nord-Süd-Konflikt“.

#### I. Nord-Süd-Konflikt oder Nord-Süd-Dialog?

Die Entwicklungspolitik im ganzen sowie der sogenannte Nord-Südkomplex im besonderen ist vor allem in zwei Richtungen unbestritten führend in der Welt:

1. Es gibt außer der Rüstung kaum ein Wirtschaftsfeld, in welchem weltweit derartige Geld- und Menschenressourcen (öffentliche, verbandliche, private, kirchliche einerseits sowie bilaterale und multilaterale Hilfe über UNO-Organisationen andererseits) eingesetzt werden, die so wenig Erfolge aufzuweisen haben, und

2. kaum ein politisches Interessensgebiet ist geschmückt mit derart vielen Aphorismen, schönen Erklärungen, Wortspenden und Bekenntnissen.

Die Erfindung des Begriffes „Dialog“, der beschönigend eine nicht existierende Gleichwertigkeit der Partner vorspiegelt, ist ein schlagender Beweis dafür.

Wer Betrachtungen über die Verteilung der Einkommen, des Energieverbrauches oder einfacher gesagt der notwendigen Überlebensmittel anstellt, wird wohl vom „Konflikt“ sprechen müssen.

Lassen Sie mich jedoch im Sinne des notwendigen Optimismus trotzdem zum Begriff „Dialog“ einige Betrachtungen anstellen:

— Dialog worüber?

— Worüber kann, ja muß gesprochen werden?

Über faire Lebens- und Arbeitschancen

— die Wahrung der Menschen und Gewerkschaftsrechte

— die Lösung der Schuldenkrise

— die Schaffung gerechter Weltwirtschaftsbedingungen

— den Giftmüllexport der Industriestaaten

— den weltweit zu organisierenden Umweltschutz

— die Rodung der Regenwälder

— die Reform der landwirtschaftlichen Entwicklung

\* Referat beim UNISYS-Symposium in Saint-Paul-de-Vence am 19.9.1991.

- die Gleichberechtigung der Bauern
- einen Zugang von mehr Menschen zu den Produktionsmitteln
- oder über bessere Möglichkeiten für die Schulbildung und Alphabetisierung
- wie können Massenwanderungen verhindert oder bewältigt werden?
- wie kann das Konsumentenverhalten der Ersten Welt die Lebensbedingungen in der Dritten Welt beeinflussen?
- Sind wir bereit darüber konstruktiv zu sprechen?
- Sind es unsere Partner?

Oder lassen sich ethnische, rassische und historisch bedingte Vorurteile und Feindseligkeiten nicht mehr durch Dialoge, sondern nur durch Waffen überwinden?

Der globale Drogenhandel, die sexuelle Ausbeutung auch durch den Tourismus, die Kinderarbeit, deren Produkte in die reichen Länder strömen, dies und vieles andere machen es schwer, einen „Dialog“ zu führen. Im Gegenteil, die Entwicklung hat den Graben Nord-Süd noch tiefer werden lassen.

## II. Man kann die Nord-Süd-Problematik nicht nur wirtschaftlich lösen

Die Geschichte der öffentlichen und privaten Entwicklungshilfe ist lang und mit vielen erfolglosen Beispielen teuer gepflastert. Sie haben der Bevölkerung in vielen Fällen nichts gebracht außer der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und ihres kulturellen Verhaltens.

Ein Zitat besagt, daß man „den Menschen die Angel geben muß und nicht den Fisch“, es meint, daß die Hilfe zur Selbsthilfe vorrangig sein muß.

Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn es gelänge, durch nationale Binnenmärkte, gepaart mit einem Schul- und Ausbildungsprogramm, die Staaten in die Lage zu versetzen, zunächst die Grundversorgung aus eigener Kraft herzustellen. Die Chancen zum Überleben — zum Leben — erkennen lassen! Dabei ist aber vor isolationistisch-protektionistischen Modellen eindringlich zu warnen. Wie das Beispiel Albanien deutlich zeigt.

Die Überwindung der Stellung vom reinen Grundstofflieferanten hin zu einer gewissen Arbeitstiefe in der Fertigung würde Millionen Arbeitsplätze schaffen.

Dazu ist die Vermittlung von Kenntnissen erforderlich, an deren Anfang die simple Alphabetisierung stehen muß (von 825 Millionen Analphabeten in der Welt leben 800 Millionen in der Dritten Welt!).

Im Rahmen der Lome-Abkommen sowie in den GATT-Verhandlungen gibt es zwar positive Ansätze, die Situation der Entwicklungsländer zu bessern, oft aber scheitern diese Bemühungen an der Bürokratie oder schlicht der Korruption.

## III. Freie Gewerkschaften — Störfaktor oder Unterstützung einer positiven Nord-Süd-Entwicklung?

Eben im vorgenannten Zusammenhang gibt es, neben Rückschlägen, auch ermutigende Erfolge der Gewerkschaftsweltverbände. Es werden in breitem Rahmen, Bildungs- und Organisationshilfe angeboten. Dies geschieht mit massiver

personeller und finanzieller Unterstützung der Gewerkschafter der sogenannten reichen Länder.

Im Rahmen des IBFG (Internationaler Bund freier Gewerkschaften), dem auch der ÖGB angehört, wird durch den internationalen Solidaritätsfonds auch eine derartige Hilfestellung seit langer Zeit angeboten.

Schwerpunkt dieser gewerkschaftlichen Bemühungen stellt vor allem der Aspekt der Menschen und Gewerkschaftsrechte dar. Leider werden in zahlreichen Ländern immer noch Gewerkschafter verfolgt, eingesperrt, gefoltert und getötet. Das Ziel der Gewerkschaften ist, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung anzustreben, die allen Menschen dieser Erde ein würdiges Dasein, frei von Not, Zwang und Unterdrückung bei Wahrung der demokratischen Rechte und Schutz der persönlichen und kulturellen Identität ermöglicht. Dazu kommt, daß Gewerkschaften ihre Forderungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Einschätzung oft weit realistischer beurteilen als manche andere Gruppierungen.

Deshalb fordern die Gewerkschaften auch die Einführung einer Sozialklausel im GATT, d.h. daß die Vorteile offener Weltmärkte und liberaler Handelsvorschriften nur jenen Ländern offenstehen sollen, die Mindestanforderungen für die Teilnahme einschließlich der Freiheit zur Organisation — erfüllen, wie sie durch die Internationale Arbeitsorganisation ILO festgelegt werden.

In diesem Sinn wirken die Gewerkschaften unterstützend für den Nord-Süd-Dialog, allerdings sind auch ihnen durch ihren wirtschaftlichen Rahmen deutliche Grenzen bei ihren Bemühungen gesetzt.

## IV. Gefahr der Blitzlichtbeurteilung im Zusammenhang mit den Erfahrungen in Osteuropa

Wie schwierig ist es, die Entwicklung in den Staaten Mittel- und Osteuropas einzuschätzen, obwohl wir traditionell gute Verbindungen haben. Um wieviel schwieriger ist es, mit unseren Möglichkeiten Entwicklungen in Nord-Süd richtig zu beurteilen.

Wichtig ist das stete Bearbeiten im globalen Sinne, Chancen zur Hilfe zu erkennen. Kooperationen langfristig aufzubauen.

Wie die jüngsten Ereignisse zeigten, ist die Entwicklung in den früheren kommunistischen Staaten noch von einem sehr hohen Unsicherheitsfaktor geprägt. Vergleichbar mit dem Nord-Süd-Dialog ist am besten noch das Fehlen von vernünftig funktionierenden Binnenmärkten, sowie von Produkten, die einen Einstieg in den Welthandel auch auf höherer Ebene als des Grundstoffexportes erlauben und ermöglichen.

„Strukturelle Anpassung“ ist das Schlagwort für eine notwendige Entwicklung in den ausgelaugten Ländern Afrikas, den durch inflationären Tendenzen ausgebrannten Staaten Lateinamerikas oder der Karibik, vieler Staaten Süd- oder Süd-Ost-Asiens und nun auch der Staaten Mittel- und Osteuropas.

Unabdingbar ist daher, daß Hilfsprogramme zur Anpassung unter Berücksichtigung sozialer Aspekte — vor allem jene der UN und ECOSOC (Wirtschafts- und Sozialrat der UNO) fortgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang erscheinen mir zwei Punkte besonders erwähnenswert.

1. Die schlechte Nachricht zuerst:

Die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa wird zur Schwächung, ja sogar zum Versiegen der Hilfe für die Entwicklungsländer führen.

Ich glaube, daß eine solche Entwicklung vermeidbar ist. Es ist auch nicht sinnvoll, von Entwicklungen zu reden, und gleichzeitig zu verlangen, die niedrigen sozialen Standards sollen sich am schlechtesten internationalen Maßstab orientieren.

2. Die gute Nachricht:

Die derzeitige Entwicklung in Mittel- und Osteuropa macht die vorher ausgesprochene Befürchtung eher unwahrscheinlich.

Ein Beweis für diesen Optimismus liegt in der Tatsache, daß es eine enge Verbindung zwischen der Entwicklung und den Bedürfnissen im Süden und in Mittel- und Osteuropa gibt.

Es gibt eine klare Priorität für technisches-organisatorisches Wissen sowie die Aufbringung von Geldmitteln für diesen außergewöhnlichen Prozeß der Veränderung und Erneuerung. Es ist klar, daß dieser Prozeß nicht in kurzer Zeit erfolgreich beendet ist.

Jacques Attali, der Präsident der neuen Europäischen Bank für Entwicklung, nannte vor kurzem einen Zeitraum von bis zu 15 Jahren als wahrscheinlich.

Der wichtigste Punkt für mich ist, daß es nicht zu „doppelten Standards“ als Wettbewerbsmittel für die Entwicklung zwischen den Entwicklungsländern und Mittel- und Osteuropa kommt.

## V. Modell Österreich ein Exportartikel?

Die politischen Verhältnisse in unserem Land sind das Ergebnis einer eigenen historischen Entwicklung und daher nicht beliebig zu vervielfältigen. Wenn man im Zusammenhang mit dem Nord-Süd-Konflikt in dieser Richtung arbeiten kann, dann muß man dem zugrundelegen, was etwa die Form der inneren Konfliktregelung, also wenn sie wollen der Sozialpartnerschaft, als Lösung für die Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme anbieten kann. Viele Staaten der sogenannten Dritten und Vierten Welt verfügen aber über keine vergleichbaren politischen Strukturen, darüber hinaus ist eine Mitsprache der Arbeiter/innen schon aus historisch verankertem Hierarchiedenken oft nur unter Gefährdung des eigenen Lebens überhaupt zu erreichen. Oder denken Sie an die nahezu unmögliche Überwindung von sozialen Kasten oder Gruppen, die bedingt durch religiöse Traditionen Hunderte Millionen Menschen voneinander trennen.

Aber auch hier gibt es Hoffnung! Es wird Sie interessieren, daß die OAU-Arbeitskommission bei einem Treffen in Malawi Mitte April 1991, die Staatsoberhäupter Afrikas dringend aufforderte, die Arbeitskommission in eine „Tripartite commission“ umzuwandeln.

## VI. Ohne Schnittlauch auf allen Suppen zu sein, müssen wir global denken, aber auch handeln

Wenn wir unter Berücksichtigung des Vorgesagten doch versuchen sollen und müssen, Vorschläge zu machen, die auch realistisch und durchführbar sind, so möchte ich einige positive Anregungen zur Diskussion beitragen.

1. Es bedarf einer Änderung der Haltung der Menschen zu allen Fragen der globalen Verantwortung. Wenn Willy Brandt in seinem weltweit bekannten und geschätzten Bericht zur Entwicklungspolitik festschrieb, daß „die Welt nicht teilbar sei“, also eine gemeinsame Verantwortung für alle globalen Probleme bestehe, dann muß man auch sagen, daß eine derartige Haltung auch Opfer von den Geberländern erfordert. Das erfordert viel Bewußtseinsarbeit von allen.

2. Ein erster Schritt muß der Abbau der Schulden der betroffenen, am wenigsten entwickelten Länder sein, und zwar auch mit Unterstützung durch öffentliche Mittel aller Geberstaaten.

3. Durch Information und breite Befassung mit diesen Themen müssen alle Organisationen, auch die Gewerkschaften, Unternehmerverbände und multinational tätige Unternehmen den Boden für weitere Entscheidungen in dieser Richtung aufbereiten. Es muß ein klares Bekenntnis zur öffentlichen und privaten Entwicklungshilfe als politisches Ziel — und primär nicht nur aus wirtschaftlich kurzfristigen Überlegungen — definiert werden.

4. Die Arbeit der internationalen Organisationen muß einer kritischen Betrachtung und Kontrolle unterzogen werden, da in ihren Händen die Verantwortung über ungeheure Geldmittel und deren sinnvolle Verwendung liegen.

5. Bildung, Ausbildung und berufliche Chancen können auch von uns in Österreich direkt unterstützt werden. Durch Partnerprogramme und direkte Hilfen, die eine größtmögliche Mittelnutzung garantieren (Ausbildungsprogramm Industrie, ÖGB).

## VII. Ausblick

Der ÖGB wird in wenigen Wochen auf seinem 12. Bundeskongreß einen weiteren Schritt in Richtung des Ausbaues der öffentlichen und privaten Entwicklungshilfe fordern. Auf diese Weise soll der Konflikt zugunsten des Dialoges gemildert werden.

Die Probleme der Dritten und Vierten Welt werden in Zukunft auch in Europa hautnah zu spüren sein. Gewaltige Wanderungen aus Süd und Ost setzen sich in Richtung weniger Staaten in Europa in Bewegung.

Eine einzige Antwort darauf kann nur sein, daß man so rasch wie möglich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in den Fluchtländern zu verbessern hilft.

Es wäre daher notwendig:

— die Mittel für die Entwicklungshilfe kurzfristig wenigstens auf den Rahmen der von der UNO und der OECD allgemein geforderten Marke von 0,7% des Bruttoinlandsprodukts anzuheben und mit diesem Mitteleinsatz effiziente Programme zu unterstützen, die unter weitestgehender Wahrung der kulturellen Identität der Menschen in den Entwicklungsländern dem Ausbau einer ökologisch orientierten und



gleichzeitig effizienten Landwirtschaft unter Verzicht auf Monokulturen Vorrang einräumen;

- den Ausbau der Gesundheitsfürsorge zu fördern;
- den Auf- und Ausbau von Einrichtungen des Erziehungswesens, Berufsausbildung- und Berufsweiterbildung zu ermöglichen;
- Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen;
- kosten- und materialsparende sowie umweltverträgliche Produktionsmethoden in diesen Ländern aufzubauen;
- Organisationen zu fördern, die durch ihre Informations- und Bildungsarbeit in Österreich dazu beitragen, das Verständnis für die Probleme der Entwicklungshilfe zu erhöhen;
- konsumentenpolitische Organisationen zu fördern, deren Informationsarbeit in Österreich bezweckt, daß Konsumenten durch ihre Kaufentscheidung einen Beitrag für entwicklungspolitische Ziele leisten;
- sowie allgemein die einseitigen Abhängigkeiten der Entwicklungsländer abbauen zu helfen und die Grundlage für eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Wenn richtigerweise „Kondition“ für diese Staaten gefordert wird, so soll sie meines Erachtens nach um die soziale Kondition ergänzt werden.

Eine Kampagne des Europarates wurde 1990 in großem Umfang und auch mit Unterstützung des ÖGB in Österreich durchgeführt. Das Motto hieß „Nord-Süd — Eine Zukunft — Eine gemeinsame Aufgabe“.

Nehmen wir sie in Angriff!

## 12. BUNDESKONGRESS DES ÖGB: INTERNATIONALE POLITIK

### Internationale Politik des ÖGB

Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Europa und der weltpolitischen Lage in den vergangenen Jahren haben auch konkrete Auswirkungen auf die Situation der einzelnen Arbeitnehmer. Dadurch wird auch Altvertrautes in Frage gestellt und ständig entwickeln sich neue Herausforderungen. Es ist daher sehr verständlich, daß bei manchen Arbeitnehmern Verwirrungen und auch oft unberechtigte Ängste entstehen. Darauf haben Gewerkschaften und ÖGB einzugehen.

Gewerkschaftliches Handeln orientiert sich an dem historischen Grundprinzip der Solidarität der arbeitenden Menschen. Dies gilt im eigenen Land wie auch im internationalen Zusammenhang. Aufbauend auf der mehr als einhundertjährigen Tradition der internationalen Gewerkschaftsorganisationen bekennt sich der ÖGB auch heute zum Prinzip der internationalen Solidarität.

Die Notwendigkeit internationaler gewerkschaftlicher Solidarität präsentiert sich heute aufgrund der großen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklungen stärker denn je. Die zunehmenden internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen, die Entwicklung großer internationaler Kapitalgesellschaften, die wachsende Mobilität von Kapital und Arbeitskräften, sowie die Herausbildung übernationaler Wirtschaftsgemeinschaften stellen für die Gewerkschaftsbewegung neue Herausforderungen dar, will sie ihre Schutzfunktion für die arbeitenden Menschen weiter ausüben.

Der ÖGB bekennt sich deshalb zu einer verstärkten Beachtung des Prinzips der internationalen Solidarität und stellt sich den daraus erwachsenden Anforderungen und Aufgaben. Er strebt eine weitere Stärkung der Zusammenarbeit im Europäischen Gewerkschaftsbund, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, den Europäischen Gewerkschaftsausschüssen, in den internationalen gewerkschaftlichen Verbänden, den Berufsinternationalen und regionalen gewerkschaftlichen Arbeitsgruppen sowie in der Internationalen Arbeitsorganisation an.

### Der ÖGB in den internationalen Gewerkschaftverbänden

Der ÖGB ist Mitglied des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Die Christlichen Gewerkschafter im ÖGB haben sich dem Weltverband der Arbeitnehmer angeschlossen. Der ÖGB setzt sich für den Ausbau der Europäischen Gewerkschaftsakademie, die auf seine Initiative innerhalb des Europäischen Gewerkschaftsbundes gegründet wurde, ein. Internationale Information für Gewerkschafter ist hinsichtlich der bevorstehenden Errichtung von europäischen Betriebsräten von besonderer Bedeutung.